

Interpellation Fraktion SVPplus (Werner Pauli, AP): Abfalltourismus aus den Regionsgemeinden in der Stadt Bern

Die Abfall-Entsorgungsstellen in der Stadt Bern sind sehr gut frequentiert und was sehr geschätzt wird, gratis. Das ist nicht selbstverständlich aber richtig. Die Abfall-Entsorgungsstellen werden hauptsächlich aus diesem Grund auch immer vermehrt von Bewohnern der Nachbargemeinden aufgesucht, die ihren Abfall in der Stadt Bern gratis entsorgen. Diese kommen meist motorisiert, was den immer wieder beklagten Mehrverkehr in die Quartiere bringt. Es kann doch nicht sein, dass Bewohner aus Nachbargemeinden mit teils niedrigerem Steuerfuss als in der Stadt Bern ihren Abfall auf Kosten der Steuerzahler der Stadt Bern gratis entsorgen.

Ich stelle deshalb dem Gemeinderat folgende Fragen:

1. Ist dem Gemeinderat dieser „Abfalltourismus“ bekannt?
2. Ist der Gemeinderat nicht auch der Ansicht, dieser Tendenz müsse Einhalt geboten werden, zum Beispiel durch eine kantonale Regelung für Auswärtige?
3. Was sieht der Gemeinderat für Möglichkeiten, diesen „Abfalltourismus“ ohne Nachteile für Stadtberner, einzudämmen?

Bern, 1. März 2012

Interpellation Fraktion SVPplus (Werner Pauli, AP): Roland Jakob, Kurt Rügsegger, Eveline Neeracher, Manfred Blaser, Beat Gubser, Simon Glauser, Robert Meyer

Antwort des Gemeinderats

Allgemeines

Der Gemeinderat hat bereits mehrfach betont, dass die vom Vorstoss angesprochenen - unbedienten - Quartierentsorgungsstellen (QES) sehr beliebt sind, mit ihrer starken Frequentierung jedoch auch mannigfaltige Probleme verbunden sind (Lärm, Littering, Wilde Deponien, Verkehr, Abfalltourismus, Benützung ausserhalb der Öffnungszeiten). Verursacht werden diese Probleme in erster Linie durch eine Minderheit von Nutzerinnen und Nutzern, welche sich nicht an die Regeln einer korrekten Entsorgung halten. Leidtragende sind insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner.

Im Wissen um die Probleme hat Entsorgung + Recycling Stadt Bern (ERB) in den vergangenen Monaten bereits zahlreiche Massnahmen zur Verbesserung der Situation ausgelöst:

- 2x täglich Reinigung und Entfernung wilder Deponien;
- Information und Aufklärung vor Ort (Informationssäule, Plakate, Infoteams, Steckaktionen, Flyer u.a.);
- Verkleinerung der Einwurföffnungen (Verhinderung von Verstopfungen durch grössere Gegenstände);
- Einsatz der „Kehrichtpolizei“ bei wild deponierten Gegenständen (Ermittlung und Verfolgung der Verursacherinnen und Verursacher);

- punktuelle Überwachung durch einen Sicherheitsdienst (Verhinderung der Benutzung zur Unzeit);
- Instruktionen des ERB-Personals (Vermeidung von Lärm beim Leeren);
- Installation von automatischen Füllstandsmessungen (Vermeidung von unnötigen Leerungen);
- technische Optimierungen der Sammelstellen (Minimierung der Unterhaltsmassnahmen).

All die umfangreichen und teils sehr aufwändigen Massnahmen haben bis heute aber leider noch nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung geführt. Die zuständigen Stellen prüfen deshalb zurzeit weitere Verbesserungsmöglichkeiten wie zum Beispiel die Reduktion der Entsorgungsfractionen (allenfalls Verzicht auf das Sammeln von Kunststoff). Diese Abklärungen erfolgen unter Einbezug der Quartierkommissionen, welche im Januar 2012 mit einer Umfrage bedient worden sind. Die Auswertung der Umfrage läuft, allfällige Zusatzmassnahmen werden nach den Sommerferien 2012 kommuniziert und umgesetzt.

Zu der vorliegend konkret angesprochenen Problematik des Abfalltourismus hat sich der Gemeinderat bereits in seiner Antwort vom 31. März 2010 auf die Motion Fraktion SVPplus (Peter Bühler/Rudolf Friedli, SVP): Entsorgung - aber nicht für alle und zu jeder Zeit! geäussert. Er hat dabei festgehalten, dass es keine gesetzliche Grundlage gebe, auf Grund derer die Benutzung der städtischen QES für Auswärtige verboten werden könne. Ungeachtet der fehlenden Rechtsgrundlage stelle sich zudem die Frage, ob ein generelles Verbot zielführend und durchsetzbar wäre. Es bestünde die Gefahr, dass Abfälle vermehrt im öffentlichen Raum liegen gelassen würden, was sich negativ auf das Stadtbild auswirken würde. Der Gemeinderat vertrat deshalb die Haltung, dass periodische Kontrollen sinnvoll seien, hingegen die Einführung von gesetzlichen Grundlagen, welche Auswärtigen die Benutzung der QES verbieten würde, weder durchsetzbar noch zweckdienlich wäre. Gestützt auf die Ausführungen des Gemeinderats hat der Stadtrat den - nachträglich von der Motionärin in ein Postulat umgewandelten - Vorstoss am 26. August 2010 abgelehnt (SRB 0479).

Vor diesem Hintergrund beantwortet der Gemeinderat die gestellten Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Ja, dem Gemeinderat ist die Problematik des Abfalltourismus bekannt.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat teilt die Meinung, dass der Problematik rund um die Nutzung der QES entgegen gewirkt werden soll; dazu gehört auch der Abfalltourismus.

Zu Frage 3:

Die städtischen Stellen haben, wie ausgeführt, bereits Vieles unternommen, um die Situation bei den QES zu verbessern. Der Gemeinderat geht zudem davon aus, dass die von Zeit zu Zeit und im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten stattfindenden Kontrollen durch eine private Sicherheitsfirma nach wie vor Sinn machen. Die Angestellten der Sicherheitsfirma haben dabei den Auftrag, von Personen, die die QES ausserhalb der Benutzungszeiten aufsuchen, die Personalien aufzunehmen. Dabei zeigen die Erfahrungen, dass nur eine Minderheit der angehaltenen Personen nicht aus Bern stammt (2011: 64 Auswärtige, 435 Stadt Bern). Gestützt auf die Kontrollen reicht ERB sodann beim Polizeiinspektorat Anzeige ein (Art. 28 Abfallreglement; Art. 30 Abfallverordnung) und dieses spricht gegebenenfalls eine Busse aus.

Im Gegensatz zu den Interpellanten erachtet der Gemeinderat die Einführung einer Regelung, welche Auswärtigen die Benutzung der QES verbieten würde, aber nach wie vor als nicht durchsetzbar und zweckdienlich. Hingegen unterstützt er die Prüfung weiterer Massnahmen und er wird die weitere Entwicklung der Situation bei den QES aufmerksam verfolgen.

Bern, 20. Juni 2012

Der Gemeinderat